



Sonja Steffen

Mitglied des Deutschen Bundestages

EINGEGANGEN

26. NOV. 2010

Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel. 030 227 - 74610  
Fax 030 227 - 76610  
sonja.steffen@bundestag.de

Sonja Steffen, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Stralsunder Innovation Consult GmbH  
z.H. Frau Kroß, Geschäftsführerin  
Rostocker Chaussee 110

18437 Stralsund

**Wahlkreis**

Mühlenstr. 2  
18439 Stralsund

Tel. 03831 67 45 235  
Fax 03831 67 45 237  
sonja.steffen@wk.bundestag.de

Aktenzeichen: 2.1 s

Berlin, 23.11.2010

Sehr geehrte Frau Kroß,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 02. November 2010, in dem Sie die Kürzungen beim Eingliederungstitel kritisieren.

Ich stimme Ihnen voll und ganz zu. Die Einsparungen durch die Bundesregierung führen vor allem im Bereich des Arbeits- und Sozialministeriums zu immensen Belastungen von Familien mit geringem Einkommen, Alleinerziehenden, Menschen mit Behinderungen und Langzeitarbeitslosen. Bis 2014 summieren sich die Kürzungen im Rahmen des "Sparpaketes" auf über 30 Milliarden Euro. Dies bedeutet nicht nur massive Einschränkungen in der Arbeits- und Sozialpolitik. Faktisch wird auch der angebliche Tabubereich Bildung trotz heraufziehenden Fachkräftemangels mit Kürzungen bei beruflicher Qualifizierung belastet.

Es ist bekannt, dass Kürzungen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik Mehrausgaben für passive Leistungen und die Beschneidung von individuellen Chancen auf dem Weg zurück in Arbeit bedeuten. Es ist davon auszugehen, dass aufgrund der Mittelkürzungen künftig ca. 100.000 Menschen weniger gefördert werden können. Unklar ist, wie die Bundesregierung die angestrebten Einsparungen im Rahmen des Sparpaketes auf arbeitsmarktpolitisch vertretbare Weise erreichen will.

Bezieher von Arbeitslosengeld II dürfen nicht von Initiativen für mehr und bessere Qualifikation ausgenommen werden – im Gegenteil. Es müssen verstärkt Mittel für Menschen mit Vermittlungshemmnissen zur Verfügung gestellt werden. Angesichts der demographischen Entwicklung tut mehr Qualifizierung Not. Jede



Sonja Steffen

Mitglied des Deutschen Bundestages

Diskontinuität bei der Arbeitsmarktförderung bedeutet einen Qualitätsverlust in der Arbeitsmarktpolitik.

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen zu senken muss oberstes Ziel bleiben, denn nach wie vor haben wir es mit einer stark verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit zu tun. Dort, wo Menschen zunächst keine Chancen auf dem regulären Arbeitsmarkt haben, müssen die Möglichkeiten der öffentlich geförderten Beschäftigung stärker genutzt und ausgebaut werden. Gerade die JobPerspektive, die den Menschen nicht nur eine kurzfristige Chance bietet, hat sich in der Vergangenheit bewährt und droht jetzt den Kürzungen im Bundeshaushalt zum Opfer zu fallen.

Um die Arbeitssuchenden fit für den Arbeitsmarkt zu machen, werden mehr finanzielle Mittel statt weniger benötigt. Perspektiven schaffen, statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren, muss die Devise lauten. Zentral sind hierbei auch ein gutes Fallmanagement und geeignete Vergabeverfahren, die gewährleisten, dass qualitativ hochwertige und passgerechte Leistungen zur Verfügung stehen.

Als SPD-Bundestagsfraktion sprechen wir uns gegen eine Politik aus, die die Konsolidierung des Haushaltes den schwachen Schultern auflädt und gleichzeitig starke Schultern entlastet. Wir haben uns daher in den Haushaltsberatungen und auch öffentlich mit allem Nachdruck für die Rücknahme der Kürzungen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik eingesetzt und werden dies auch weiter tun.

Ihr Unternehmen ist mir als ein positives Beispiel im Bereich der kommunalen Beschäftigungsunternehmen durchaus bekannt. Gerne würde ich die Gelegenheit nutzen, die Problematik in einem persönlichen Gespräch mit Ihnen Anfang Januar zu erörtern.

Mit freundlichen Grüßen

Sonja Steffen, MdB